

Sitzungsperiode 2021-2022
Sitzung des Ausschusses II vom 5. Oktober 2021

FRAGESTUNDE*

• **Frage Nr. 779 von Herrn KRAFT (CSP) an Ministerin WEYKMANS zum Glasfaserausbau für Ostbelgien**

Im Rahmen des Projekts "Glasfaser für Ostbelgien" beabsichtigt die Deutschsprachige Gemeinschaft 40 Millionen EUR in den Bau eines Glasfasernetzes fließen zu lassen. Für die konkrete Umsetzung des Projekts bedarf es an Investoren und Partner, die bereit sind, den Infrastruktur-Ausbau zu leisten. Die Ausschreibung der Arbeiten soll in Kürze erfolgen.

Dazu möchten wir zwei Aspekte hervorheben:

- Angesichts des ländlichen Charakters Ostbelgiens und der großen Distanzen um alle Haushalte zu erreichen, erscheint es erforderlich sowohl die Point-to-Point als auch die Point-to-Multipoint Anschlüsse zu ermöglichen.
- Außerdem stellt sich die Frage, ob die technische Infrastruktur ebenfalls überirdisch verlegt werden kann, beispielsweise durch das Anbringen eines zusätzlichen Kabels an den Strommasten, insofern der Strombetreiber hiermit einverstanden ist oder die gesamte Infrastruktur unterirdisch verlegt wird.

Vor diesem Hintergrund möchte ich folgende Fragen stellen:

- *Welche Entscheidungen hat die DG-Regierung hinsichtlich der beiden aufgeführten Aspekte bereits getroffen?*
- *Welche Kriterien werden bei der Wahl eines Anbieters berücksichtigt (Kosten, Referenzen, Timing, usw.)?*
- *Wie sieht der konkrete Zeit- und Finanzierungsplan der DG hierzu aus?*

**Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
Werte Kolleginnen und Kollegen,**

ich möchte vorneweg betonen, dass es mir unmöglich sein wird, die Fragen von Herrn Kraft in den mir hier im Rahmen der Regierungskontrolle zur Verfügung stehenden 3 Minuten vollständig zu beantworten, da hierbei teils komplexe Sachverhalte angeschnitten werden. Gerne bin ich aber bereit, diese Aspekte in einer kommenden Ausschusssitzung zu vertiefen und die hochkomplexen sowie weitreichenden Projektfortschritte nochmal darzulegen.

Nun zu Ihren beiden Anmerkungen Herr Kraft:

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

in der Tat sieht die aktuell geplante Netzarchitektur Point-to-Point oder auf Deutsch "Punkt-zu-Punkt" Anschlüsse vor. Das bedeutet, dass jeder Haushalt über eine eigene, ungeteilte Glasfaserleitung verfügt. Wir haben uns für diese Grundinfrastruktur entschieden, da ein Punkt-zu-Punkt Anschluss einerseits als einziger technologieneutral ist und dementsprechend einen diskriminierungsfreien Zugang für alle Anbieter ermöglicht – was nebenbei bemerkt eine der wichtigsten Grundvoraussetzungen für die EU-Kommission darstellt. Andererseits ist ein Punkt-zu-Punkt Anschluss eindeutig die zukunftsfähigste Wahl, da nur so symmetrische Datenströme – sprich gleiche Up- und Download-Raten – im Gigabit-Bereich möglich sind, oder anders ausgedrückt: nur diese Punkt-zu-Punkt Technologie wird den Entwicklungen der nächsten 40 Jahre in jedem Fall standhalten.

Was nun die Verlegung der Glasfaserkabel betrifft, ist es so, dass diese sowohl überirdisch als auch unterirdisch erfolgen wird. Hierzu haben auch bereits Gespräche mit dem Stromnetzbetreiber stattgefunden, der einer Zusammenarbeit sehr offen und positiv gegenübersteht.

Bei der Ausschreibung, die in Kürze erfolgen wird, geht es nicht um die Wahl eines Anbieters, sondern um die Gewinnung von Partnern zur Gründung einer PPP-Infrastrukturgesellschaft, deren Aufgabe es sein wird, den flächendeckenden Glasfaserausbau in Ostbelgien umzusetzen. Dementsprechend wird es darauf ankommen, welcher Partner am ehesten zu unserem Projektdesign und den darin festgelegten Eckpfeilern, wie bspw. einer Investition im allgemeinen Interesse oder einem zeitnahen und flächendeckenden Ausbau passt.

Die PPP-Gesellschaft, bestehend aus der DG, einem Finanzinvestor sowie einem Akteur aus dem Telekommunikationsmarkt, wird Anfang kommenden Jahres gegründet werden, so dass der Ausbau noch im Laufe des Jahres 2022 beginnen kann. Die Finanzflüsse seitens der DG werden sich vor allem auf die Jahre 2022 und 2023 konzentrieren.

• Frage Nr. 780 von Herrn SPIES (SP) an Ministerin WEYKMANS zum Museumsdepot

Die Deutschsprachige Gemeinschaft verfügt mittlerweile über eine Kunstsammlung von einigen Tausend Werken. Es wurden Gemälde, Zeichnungen, Skulpturen, Installationen und Fotografien angekauft. Viele dieser Werke sind in öffentlichen Gebäuden ausgestellt. Etwa die Hälfte wird jedoch eingelagert, wobei die derzeitigen Lagerräume jedoch nicht den technischen Anforderungen an eine korrekte Aufbewahrung der Kunstgegenstände entsprechen. Zudem ist der Platz begrenzt und das aktuelle Depot für den Transport der Kunstwerke nicht ideal zugänglich. Zu guter Letzt verfügt die DG auch über archäologische Funde, die aktuell ebenfalls nicht korrekt aufbewahrt werden.

Neben der Kunstsammlung besteht auch bei den Museen der DG akuter Handlungsbedarf. Die Museen befinden sich in der misslichen Lage, dass sie nicht über genügend Lagerräume für ihre Sammlungen verfügen. Hinzu kommt, dass die vorhandenen Lagerräume für die korrekte Aufbewahrung der Gegenstände nur bedingt geeignet sind. Darüber hinaus stehen den Museen auch nur begrenzt adäquate Fachkräfte für die Betreuung ihrer Sammlungen zur Verfügung. Daher wurde vor einiger Zeit entschieden, dass das Ministerium der DG die Museen sowohl beim digitalen als auch beim räumlichen Sammlungsmanagement unterstützen und entsprechende zentrale Dienstleistungen anbieten soll.

In Bezug auf das räumliche Sammlungsmanagement ist beschlossen worden, ein zentrales Depot zu schaffen. In diesem Depot sollen sowohl die Bestände der DG aber auch der anerkannten Museen untergebracht werden. Dieses Depot soll zum einen die Möglichkeit

für eine korrekte Lagerung der Gegenstände – je nach materieller Beschaffenheit – geben. Zum anderen soll eine qualifizierte Betreuung der Sammlungen gewährleistet sein.

Zur Schaffung eines solchen Depots hat die Regierung vor geraumer Zeit das alte Druckereigebäude des Grenzecho erworben.

Vor diesem Hintergrund möchte ich Ihnen werte Ministerin nun folgende Fragen stellen:

- *Wie sieht der aktuelle Stand der Dinge in Sachen Museumsdepot aus?*
- *Welche anerkannten Museen haben einen konkreten Bedarf dieses Depots geäußert?*
- *Inwiefern erfuhren die Museen seitens des Ministeriums bereits eine Unterstützung beim digitalen Sammlungsmanagement?*

**Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
Werte Kolleginnen und Kollegen,**

seit 2020 gibt es eine Arbeitsgruppe "Museumsdepot", um den Betrieb und den Umzug der Sammlungen zu besprechen und vorzubereiten. In dieser AG sind alle anerkannten Museen vertreten, da - im Rahmen der Nutzerbedarfsanalyse aus dem Jahre 2018 - die sechs anerkannten Museen der Deutschsprachigen Gemeinschaft ihren Bedarf angemeldet haben. Auch die Kunstsammlung der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird im neugeschaffenen Depot ihren Platz finden.

Das letzte Treffen der Arbeitsgruppe fand im Januar 2020 statt. Darauf sollte ein Besuch im Museumsdepot in Kortrijk folgen, welches als gutes Beispiel empfohlen wurde. Der Besuch sowie die letzte Sitzung der AG wurden jedoch pandemiebedingt verschoben. Im nächsten Jahr soll der Besuch in Kortrijk jedoch nachgeholt werden.

Das Projekt Museumsdepot befindet sich gemeinsam mit dem der Maurer-Halle für das RSI und dem Teilzeitunterricht im Cluster Bildung. Ein Nachhaltigkeitskonzept für dieses Vorhaben wurde bereits in Auftrag gegeben und nach den momentanen Schätzungen müssten die Ergebnisse dieser Studie im ersten Quartal des Jahres 2022 vorliegen. Der nächste Schritt liegt in der Beauftragung eines Projektmanagers, der die Ausschreibung für den Architekten vornimmt und in Folge der Erstellung der Pläne die entsprechende Baugenehmigung einreicht.

Bereits seit 2017 können die Museen kostenlos die Datenbank „Kulturerbe Archiv“ zur Inventarisierung und Digitalisierung ihrer Sammlungen nutzen. Die Datenbank und ihre Möglichkeiten wurden den Museen und den Geschichtsvereinen bei einem Netzwerktreffen im Februar 2017 vorgestellt. Durch die frühzeitige Einbindung der Museen und dem engen Austausch mit dem Ministerium konnten Verbesserungsvorschläge der Nutzer direkt umgesetzt werden und zu einer Optimierung der Eingabemasken führen. Letztendlich ist das Archiv nicht nur für die digitale Inventur geeignet, sondern kann durch die Einspeisung in die Webseite der jeweiligen Museen die Zugänglichkeit zur Sammlung nun auch digital für jeden Bürger und jede Bürgerin ermöglichen.

• Frage Nr. 781 von Herrn SPIES (SP) an Ministerin WEYKMANS zur Europäischen Woche des Sports 2021

Die Europäische Woche des Sports ist auch in Ostbelgien mittlerweile durchaus eine Tradition.

Und dennoch war die diesjährige Auflage Premiere und Bewährungsprobe zugleich, da zum ersten Mal der Leitverband für den Ostbelgischen Sport für die Organisation verantwortlich war.

Dabei entstand zwischen dem 23. und 30. September ein breitgefächertes Angebot, bei dem für jeden etwas dabei war.

Beim Schwimm-Spaß bis Mitternacht, Schnitzeljagden, Wanderungen, E-Bike Testfahrten und vielem mehr kamen sowohl groß als auch klein in Ostbelgien auf ihre Kosten.

Vor diesem Hintergrund möchte ich Ihnen werte Ministerin nun folgende Fragen stellen:

- Können Sie schon eine erste Bilanz aus der diesjährigen Woche des Sportes ziehen?
- Inwiefern wurden auch die Ostbelgischen Sportvereine in die Woche des Sportes mit einbezogen?
- Inwiefern haben die Schulen die Angebote genutzt?

**Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
Werte Kolleginnen und Kollegen,**

die diesjährige Europäische Woche des Sports hat in den Augen der Organisatoren des Leitverbands des Ostbelgischen Sports in jedem Fall an Aufmerksamkeit gewonnen, vor allem durch das Angebot neuer Themenschwerpunkte, wie die Sportmesse der Verbände und Vereine und die Initiativen in den Schulen. Auch private Sportanbieter haben die Chance genutzt, um ihre Aktivitäten nochmals zu bewerben.

Alle Sportverbände und -vereine wurden, wie auch in den vergangenen Jahren, dazu aufgerufen, Schnupperkurse für die breite Bevölkerung anzubieten. Die Resonanz fiel in diesem Fall jedoch geringer aus. Allerdings wurden die Verbände und Vereine dazu eingeladen, eine Sportmesse in Worriken mitzugestalten. Fast alle Verbände und einige verbandslose Vereine haben die Chance dankend angenommen und am 26. September 2021 ihre Sportart mittels eines Infostands, eines Schnupperkurses vor Ort, eines Ateliers oder Vorführungen repräsentiert. Die Reaktionen der Vereine und Verbände waren gut. Im nächsten Jahr plant LOS eine ähnliche Sportmesse zu organisieren und hofft, dass das positive Echo dieses neuen Events Früchte trägt und bis dahin noch mehr an Aufmerksamkeit gewinnt.

Etwa die Hälfte aller Schulen Ostbelgiens (30 an der Zahl) haben sich während der Europäischen Woche des Sports bewegt. Sei es auf dem **Schulweg**, der entweder zu Fuß, mit dem Fahrrad oder dem Roller zurückgelegt wurde, in den **Pausen**, dank eines Pausen-Sportprogrammes mit Animationen, wie einem Flashmob, oder auch während des aktiv gestalteten **Unterrichtes**, der durch eine von LOS erstellten Broschüre unterstützt wurde.

Der Leitverband des Ostbelgischen Sports hat während der Europäischen Woche des Sports bereits einiges dazu auf Social Media geteilt. LOS erwartet aber auch in den nächsten Tagen Rückmeldungen aus den Schulen, wie Bilder, Videos, oder Anmerkungen. Daher ist zum jetzigen Zeitpunkt auch eine definitive Bilanz leider noch nicht möglich. Für den Leitverband des Ostbelgischen Sports war das Einbeziehen der Schulen aber schon jetzt eine gelungene Initiative.

- **Frage Nr. 782 von Herrn FRECHES (PFF) an Ministerin WEYKMANS zur Auswertung der Prämien im Tourismussektor**

In der Anhörung des Ausschusses 2, die sich mit der Auswertung der Prämien im Tourismussektor befasste, wurde erläutert, dass aktuell keine Konkurswelle bei den in Ostbelgien ansässigen Unterkünftsunternehmen und Akteuren im HoReCa Bereich zu verzeichnen sind.

Das ist erfreulich und liegt sicher auch daran, dass es Maßnahmen gab die Konkurse aussetzt.

Leider wissen wir, dass die Pandemie noch nicht beendet ist, wie die Beschlüsse letzter Woche uns schmerzlich in Erinnerung gerufen haben.

Besonders der HoReCa Bereich ist abermals betroffen und sogar vor weiteren Einschränkungen nicht geschützt, sollte sich die Corona Lage in die falsche Richtung bewegen.

Meine Fragen an Sie deshalb werte Frau Ministerin:

- *Ist aktuell ein gesondertes Screening der im Tourismusbereich betroffenen Unternehmen vorgesehen, um die Wirtschaftslage auszuloten?*
- *Wie bewerten Sie aktuell die Situation der Rückmeldungen aus dem Sektor, die über einen erheblichen Mangel an Personal klagen?*

**Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
Werte Parlamentarier,**

seit Beginn der Krise erstellt die Arbeitsgemeinschaft Ostbelgien Statistik und hier insbesondere deren Arbeitsgruppe - bestehend aus dem Fachbereich Beschäftigung und Standortentwicklung, dem Arbeitsamt, der WFG, dem WSR und der AVED/IHK - ein Monitoring der ostbelgischen Wirtschaft. Darin werden ebenfalls die Konkurse nachverfolgt. Aus den Zahlen zu den Betriebskonkursen des belgischen Statistikamts Statbel geht hervor, dass in der Deutschsprachigen Gemeinschaft in den meisten Monaten nur geringfügige Unterschiede zwischen den Werten von 2019 und 2020 bestanden. Diese Tendenz setzt sich bislang auch im Jahr 2021 fort. Die Werte steigen und fallen von Monat zu Monat in sehr geringem Ausmaß, ohne dass eine wirkliche positive oder negative Entwicklung zu erkennen ist.

Der Wirtschafts- und Sozialbericht 2021 des WSR zeigt ein genaueres Bild über mehrere Jahre. Dabei hat es im Jahr 2020 29 Betriebskonkurse gegeben. Innerhalb der letzten 15 Jahre wurden in der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Schnitt 35 Konkurse pro Jahr gemeldet. Das Jahr 2020 weist demnach einen besseren Wert auf als der Jahresdurchschnitt.

Wenn man die Konkurszahlen des Jahres 2020 auf die einzelnen Sektoren verteilt, stellt man fest, dass das Gastgewerbe (mit sieben) und der Handelssektor (mit sechs) – wie so oft – am stärksten betroffen waren. Die Betrachtung des Zeitraumes 2010-2020 zeigt, dass das Gastgewerbe und der Handelssektor in den "TOP 3" der von Konkursen am meisten betroffenen Sektoren stehen, zusammen mit dem Bausektor.

Aktuell weichen die Zahlen wegen der Corona-Krise nicht besonders von den Vorjahren ab. Es sei aber darauf hingewiesen, dass es über einen längeren Zeitraum einen "moratoires des faillites"¹ gegeben hat. Daneben haben sicherlich auch die Corona-Hilfen des

¹ Dies ist in erster Linie auf das sogenannte „Moratoire temporaire sur les faillites d’entreprises“ zurückzuführen. Dieses Moratorium wurde durch einen Königlichen Erlass eingesetzt, um die Unternehmen, die sich vor dem 18. März 2020 nicht in finanziellen Schwierigkeiten befanden, vor einem potenziellen Konkurs durch die negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie zu schützen. Dieser Erlass war bis zum 17. Juni 2020 in Kraft. Anschließend

Föderalstaates, der Wallonischen Region und der Gemeinden samt Deutschsprachigen Gemeinschaft geholfen, den einen oder anderen Engpass zu überbrücken. Beobachtungswürdig ist jedoch, dass der belgische Rückgang der Konkurse aufgrund des Moratoriums in der Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht beobachtet werden konnte. Ein weiteres gesondertes Screening neben dem Monitoring ist aus diesen Gründen seitens der Regierung nicht geplant.

Der Fachkräftemangel im HoReCa Bereich kann bereits länger beobachtet werden. So werden die Berufe "Köche und Küchenpersonal" und "Restaurantpersonal" bereits kontinuierlich die letzten Jahre auf der Liste der Mangelberufe in Ostbelgien geführt. Diese Situation scheint seit der Krise noch verstärkt zu werden, da die Betriebe aufgrund der längeren Schließungsperioden von Abwanderungen berichten. Genaue Zahlen dazu stehen uns jedoch nicht zur Verfügung.

Es ist eine Tatsache, dass der sich zuspitzende Fachkräftemangel sowohl die politischen Entscheidungsträger als auch die Wirtschaft seit Jahren herausfordert. Bereits in der Vergangenheit wurden unterschiedliche Maßnahmen ergriffen. Mit dem Fachkräftebündnis haben wir schon jetzt neue Wege eingeschlagen und zum Beispiel in der Ausbildung verkürzte, bedarfsorientierte Teilqualifizierungen konzipiert. Zusätzlich muss sich der Arbeitsmarkt auch für Fachkräfte von außerhalb attraktiv machen und nicht mit unüberwindbaren Grundansprüchen schon die Bewerbungsabsicht hemmen. Eine zweite Sprache sowie Zusatzqualifikationen bspw. könnten im Betrieb erworben werden. Der Wirtschaftsstandort – der Standort - Ostbelgien ist extrovertiert und international orientiert. Die gleiche Offenheit ist auch beim Anwerben von Fachkräften von Vorteil und angesichts unserer demographischen Entwicklung unerlässlich.

- **Frage Nr. 783 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Ministerin WEYKMANS zu Geschlechterunterschieden bei AktiF und Aktif+ Förderung**

Am 14. September diesen Jahres wurde in Ausschuss II der Bericht zu den Beschäftigungsmaßnahmen AktiF und Aktif+ vorgestellt. Ziel dieser Maßnahmen sei die Steigerung der Beschäftigung in der Gemeinschaft mittels besonderer finanzieller Unterstützung an Arbeitgeber für vom Arbeitsmarkt benachteiligten Personen. Es werden zu diesem Zweck verschiedene Zielgruppen definiert. Die statistischen Auswertungen werden teils vom Arbeitsamt, teils vom Ministerium vorgenommen - je nach Zuständigkeit. Auffallend ist dabei, dass die Angaben nach Geschlecht der Antragsteller und Antragstellerinnen bzw. Bescheinigten seitens des Arbeitsamts nicht ermittelt werden. Das Ministerium hingegen listet die Zahlen gesondert nach Geschlecht. Bei den Auswertungen der Zahlen wird auf diese Parameter jedoch nicht weiter eingegangen. Dabei scheint es diesbezüglich doch erhebliche Unterschiede zu geben:

Es entsteht der Eindruck, dass hier vor allem prekäre Arbeitsbedingungen für Frauen entstehen, bzw. sie in den Massnahmen schlechter gestellt sind.

Dabei haben den Zahlen nach die Frauen absolut und relativ gesehen eigentlich bessere Ausgangschancen. So sind Sie zum Beispiel bei den besondern Fördermaßnahmen Aktif+, die im Prinzip die Personen mit einem schwierigerem Profil umfassen, weniger vertreten, aber in leichter Überzahl bei den Aktif Maßnahmen. Bei Aktif Plus ist es vor allem das Diplom was den langzeitarbeitslosen und vermindert arbeitsfähigen Frauen fehlt. Die

wurde der Erlass vorerst nicht mehr verlängert. Nach der Verschlimmerung der sanitären Krise wurde im November 2020 beschlossen, das Moratorium wieder bis zum 31. Januar 2021 in Kraft zu setzen. Dies erklärt die unüblich "niedrige" Anzahl Konkurse für das Jahr 2020.

Sprache stellt bei diesem weiblichen Publikum weniger ein Problem dar. Hingegen bei den Männern ist das Diplom weiterhin das größte Problem, zusätzlich viel dichter gefolgt von unzureichenden Sprachkenntnissen .

Diese Beobachtungen decken sich mit allgemeinen gesellschaftlichen Trends. Wir befinden uns hier jedoch in einem öffentlichem Förderprogramm.

Daher hätte ich folgende Fragen:

- *Welche Erklärungen können Sie zu diesen geschlechtsspezifischen Unterschieden liefern?*
- *Falls sich das Bild, das sich aus der Zahlenanalyse ergibt bestätigen sollte, inwiefern sind sie bereit, die Beschäftigungsmaßnahmen dahingehend anzupassen, dass dem Geschlechtergefälle in der Förderung entgegengewirkt wird?*

**Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
Werte Kolleginnen und Kollegen,**

Zwecks Beantwortung Ihrer Frage haben wir weitere Zahlen angefordert, die ich Ihnen und dem Ausschuss gerne übermitteln werden. Die unterschiedlichen Daten eignen sich nicht für eine freundliche mündliche Darlegung. Gerne werde ich meine Antwort schriftlich vervollständigen und die mir gegebene Zeit dazu nutzen, kurz auf das Gesamtbild der Geschlechter-Frage in der Aktif-Förderung einzugehen.

Bei der Gesamtanzahl der durch das Arbeitsamt ausgestellten 810 Bescheinigungen sind 321 zugunsten von Frauen ausgestellt worden und 489 zugunsten von Männern.

Auf Ebene der durch das Arbeitsamt insgesamt ausgestellten AktiF (AktiF und AktiF-PLUS)-**Bescheinigungen** sind 37% zugunsten von Frauen ausgestellt worden und 63% zugunsten von Männern.

Auf Ebene der insgesamt mit AktiF- und AktiF PLUS-Förderung **eingestellten** Personen liegt der durchschnittliche Anteil an weiblichen Berechtigten jedoch bei 47%, d.h. 10% mehr als auf Bescheinigungsebene.

Von einem drastischen Ungleichgewicht kann an dieser Stelle somit keine Rede sein.

Unterteilt zeigt sich in der Tat, dass Frauen deutlich mehr AktiF-Bescheinigungen und Einstellungen erhalten als im AktiF-Plus Bereich.

Schriftlich werde ich auch gerne auf die einzelnen Untergruppen der AktiF-Berechtigten eingehen, was aber wirklich nicht für eine mündliche Antwort verträglich ist.

Allerdings kann anhand dieser Erfassungen meines Erachtens keineswegs abgeleitet werden:

Erstens, dass es „vor allem prekäre Arbeitsbedingungen für Frauen entstehen, bzw. sie in den Maßnahmen schlechter gestellt sind“

Denn, wenn hier gemeint sein sollte, dass über AktiF geförderte Stellen „prekär“ seien, so ist auf den entsprechenden AktiF-Erlass zu verweisen, der vorsieht, dass die Einstellung im Rahmen eines schriftlichen Arbeitsvertrags gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 3. Juli 1978 über die Arbeitsverträge erfolgt, die Beschäftigung gemäß den

Bestimmungen in Sachen Entlohnung und anderen Arbeitsbedingungen erfolgt, die Entlohnung oder andere außergesetzliche Vorteile des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten entsprechen dem, was ein Personalmitglied für die gleiche oder eine vergleichbare Funktion erhalten würde.“

Zweitens werden durch das Arbeitsamt die **objektiven** Zugangsbedingungen geprüft, wie sie bekannt sind: Alter, Langzeitarbeitslosigkeit,

Das Geschlecht ist – dies scheint evident - kein spezifisches Zugangskriterium, gerade um keine Diskriminierung zu Ungunsten des einen oder anderen Geschlechts auszuüben.

Auf Ebene der Einstellungen obliegt es dem Arbeitgeber, in Funktion der zu besetzenden Stelle, unter den Arbeitsuchenden mit AktiF(PLUS)- Bescheinigung das Profil zu suchen und zu finden, das am ehesten passt und dies insbesondere unter den Arbeitsuchenden, die im Besitz einer AktiF(PLUS)-Bescheinigung sind.

Drittens, wenn man die ausgestellten Bescheinigungen des Arbeitsamtes als „Ausgangschance“ nimmt, wie Sie es nennen, so werden sie schriftlich nachlesen können, dass prozentual bei 5 der unterschiedlichen Unter-Zielgruppen auf Ebene der Einstellungen gesteigert, bei anderen 5 sich der Anteil eingestellter Frauen verringert.

Die absolute Anzahl Einstellungen sinkt immer im Vergleich zu der Anzahl Bescheinigungen. Dies erklärt sich aus der Tatsache, dass nicht alle Bescheinigungen zu einer Einstellung führen.

Vor diesem Hintergrund kann ich Ihre Zahlenanalyse bzw. die daraus abgeleitete Schlussfolgerung nicht bestätigen.

Ihre Frage, ob ich bereit bin, „die Beschäftigungsmaßnahmen dahingehend anzupassen, dass dem Geschlechtergefälle in der Förderung entgegengewirkt wird?“, beantworte ich daher auch mit „Nein“.

Ich hoffe, damit und dem zusätzlichen Zahlenmaterial klar ersichtlich gemacht zu haben, dass die AktiF(Plus) Förderung in keiner Weise geschlechtsdiskriminierend ist.

• **Frage Nr. 784 von Frau STIEL (VIVANT) an Ministerin WEYKMANS zum Thema Kunst und Kultur nur mit CST**

Wie jetzt durch die Medien bekannt wurde, haben mehrere kulturelle Organisationen sich zusammengeschlossen und einen offenen Brief an die zuständigen Minister gerichtet, um ihnen ihre ablehnende Haltung bezüglich der Einführung des Covid Safe Tickets mitzuteilen.^{2, 3, 4} Darin wird hervorgehoben, dass das CST allen Werten des kulturellen Sektors widerspricht: die Meinungsfreiheit und der Zugang zur Kultur für alle.⁵

Außerdem wird betont, dass man es ablehnt zur gesellschaftlichen Spaltung beizutragen und Publikumsgruppen zu stigmatisieren. Die Mitarbeiter seien keine "Vollzugsbeamte der Staatsgewalt". Der kulturelle Sektor fühle sich durch diese Maßnahme von der Politik instrumentalisiert. (frei übersetzt)

Die Organisation fordert die Minister auf, ihre Position zu überdenken.

Meine Fragen an Sie, Frau Ministerin Weykmans:

² La directrice des centres culturels s'oppose au Covid Safe Ticket en Wallonie - RTL Info.pdf - <https://www.rtl.be/info/belgique/societe/elargissement-du-covid-safe-ticket-en-wallonie--1326801.aspx>

³ Le Covid Safe Ticket dans le secteur culturel un frein supplémentaire pour certains, une opportunité pour d'autres.pdf - https://www.rtb.be/info/belgique/detail_le-covid-safe-ticket-dans-le-secteur-culturel-unfrein-supplementaire-pour-certains-une-opportunit%C3%A9-pour-d-autres?id=10847626

⁴ https://www.facebook.com/100063801876011/posts/241044438032284/?3_sfnsm=mo

⁵ Lettre ouverte secteur culturel ministres CST.pdf - https://docs.google.com/viewerng/viewer?url=https://ds1.static.rtb.be/uploader/pdf/7/a/e/rtbinfo_6c3f4a47a8eb3b492bc7be5daa2794df.pdf

- Haben Sie als Ministerin für Kultur diesen Brief erhalten?
- Haben Sie sich für oder gegen die verpflichtende CST (3 Regel) für öffentliche Veranstaltungen mit mehr als 50 Personen drinnen und 200 Personen draußen ausgesprochen?
- Falls nein, wie können Sie dann die Werte der Meinungsfreiheit und Zugang zu Kultur für alle vermitteln?

**Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
Werte Kolleginnen und Kollegen,**

Der offene Brief, auf den sie hier anspielen, wurde mir nicht zugesandt. Bei dem Interview, welches der RTBF mit Liesbeth Vandersteene und Virginie Cordier geführt hat, wurde aber deutlich, dass sie nicht grundsätzlich gegen die Nutzung des CST bzw. Impfungen und Masken sind, sondern eher die Möglichkeit aufrechterhalten wollen, den verschiedenen Sälen die Wahl zu lassen, ob sie lieber mit Hygiene Protokollen und unter der Anwendung der CIRM funktionieren wollen oder eben dann mit dem CST, abhängig von den Gegebenheiten der jeweiligen Räumlichkeiten.

Bei der Sitzung der Krisenzelle habe ich mich für die Nutzung des CST ausgesprochen, da es für das Sicherheitsgefühl der Mitarbeitenden und Besucher*innen wichtig ist, das Risiko einer Infektion so minimal wie möglich halten zu können. In so einem Umfeld kann Kultur, Interaktion, Kommunikation auch viel freier und ungezwungener erlebt werden. Somit wird die CST – Regel Frau Stiel erst Recht zur befreienden Option für die gebeutelte Kultur- und Veranstaltungsszene, die Ihnen ja so sehr am Herzen zu liegen scheint. Als Beispiel kann die Konzertreihe "Musik hilft" in Eupen nach den Überschwemmungen genannt werden. Hunderte Besucher*innen und Ehrenamtliche zeigten ihre Solidarität mit den Opfern der Katastrophe. So wird Verbundenheit und Verantwortung gelebt und erlebt – und übrigens ohne Masken.

Also ja, natürlich habe ich mich für die Nutzung des CST ausgesprochen, da die andere Option eine weitere Schließung des Sektors nicht mehr hinnehmbar ist.

-

Die drastischen Einschränkungen, die der Sektor gekannt hat, haben tiefe Narben hinterlassen. Strukturen hätten ohne Unterstützung vor ihrem finanziellen Ende gestanden. Zahlreiche Künstler, Techniker, Booker, Tourmanager etc. haben sehr schwere Monate hinter sich, in denen sie mit teils dramatischen finanziellen und auch psychologischen Problemen gekämpft haben. Schließungen sind also keine Alternative!

Die Meinungsfreiheit wurde niemals in Frage gestellt, deswegen müssen wir ja auch über ihre Angstmacherei im Parlament diskutieren. Sich aber vom Kulturskeptiker zum Verfechter der kulturellen Freiheit zu profilieren, das schafft auch nur Ihre Partei.

- **SFrage Nr. 785 von Frau STIEL (VIVANT) an Ministerin WEYKMANS zum Thema Schwimmen für Vereine, Senioren und Familien**

Am 29.09.21 titelte das GrenzEcho, "Kein Bad, kein Unterricht: Löst Worriken Eupens Schwimmprobleme?"⁶

Seit einem Monat hat das neue Schuljahr begonnen, doch an eine Wiederaufnahme des Schwimmunterrichts ist in Eupen durch die Flutkatastrophe, die das Wetzlarbad außer Betrieb gesetzt hat, nicht zu denken, .

⁶ <https://www.grenzecho.net/62749/artikel/2021-09-29/kein-bad-kein-unterricht-lost-worriken-eupensschwimmprobleme?referer=%2Farchives%2Fcherche%3Fdatefilter%3Dlastyear%26sort%3Ddate%2520desc%26word%3DSCHWIMMBAD>

Eine Ausweichmöglichkeit für Raerer Schüler bis zum vierten Schuljahr konnte im Kelmiser Galmeibad gefunden werden, wo auch die Kelmiser Schüler unterrichtet werden. Für Eupener Schüler konnte bisher noch keine Lösung gefunden werden, da sowohl die Aachener Schwimmveranstaltungen als auch das Bad in Monschau bereits Schüler aus Eschweiler und Stolberg aufnehmen, wo die Menschen ebenfalls von einer Flutkatastrophe heimgesucht wurden. Eine Piste, die man derzeit verfolgt, führt nach Worriken.

Laut der Bürgermeisterin Claudia Niessen ist "Das Ganze nicht ein Problem, das wir für einige Wochen, sondern für mindestens eineinhalb, wenn nicht sogar für zwei Jahre zu lösen haben"

Dass Schwimmen eine der gesündesten Sportarten ist, ist bekannt und liegt vor allem an der ganzheitlichen Beanspruchung der Muskeln und Entlastung der Gelenke sowie an der Stärkung der Lungenfunktion und des Herz-Kreislauf Systems.

Da Schwimmen nicht nur bei Schülern ein Thema sein sollte, sondern auch unsere Schwimmclubs, Familien und Senioren tangiert, die von der Überflutung des Wezlarbades betroffen sind stellen sich folgende Fragen:

- *Wie sehen die Trainingsmöglichkeiten für die ostbelgischen Schwimmclubs aus?*
- *Wird die Möglichkeit erwogen, für die nächsten 1.1/2 Jahre das alte Hallenbad wieder zu nutzen?*
- *Hat man über Ausweichmöglichkeiten in Richtung Niederlande nachgedacht?*

**Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
Werte Kolleginnen und Kollegen,**

Natürlich bedauere auch ich zutiefst, dass es augenblicklich schwierig ist, Alternativen zum Wezlarbad zu finden, und liebend gerne würde ich den von der Flut betroffenen Menschen in Eupen und Umgebung wünschen, nur schlecht geträumt zu haben und alles sei nun vorbei. Aber leider lehrt uns die Realität eines Besseren. Auch wenn in manchen Leserbriefen suggeriert wird, dass jeder seines Glückes Schmied ist und freundschaftliche Kontakte wahre Wunder vollbringen, dürfen wir eigentlich bei den Ausmaßen und dem Umfang der Katastrophe, von Glück im Unglück reden.

In der Tat fehlen Trainingsmöglichkeiten für ostbelgische Schwimmclubs. Der Schwimmclub, wie auch der Wasserball-Sport, das Triathlon-Team, und einer der beiden Tauchclubs trainieren wie die Schwimmvereine aus Spa und Verviers in Kelmis. Es scheint, dass es ein schnelles Entgegenkommen auf Ebene der Kelmiser Vereine und der AGR in Kelmis gegeben hat.

Bislang finden alle Wettkämpfe auswärts statt.

Das alte Hallenbad am Stockbergerweg war schon vor seiner Schließung 2018 in einem maroden Zustand und eine kurzfristige Wiedereröffnung ist laut Aussagen der Verantwortlichen der Stadt Eupen keine Option.

Auch die Niederlande scheint keine Option, wie wir aus den Rückmeldungen der Verantwortlichen der Stadt Eupen und der Sportwelt erfahren.

Ich halte somit fest: Es war eine Naturkatastrophe und alle Verantwortlichen versuchen ihr Bestes, um Ausweichmöglichkeiten im Rahmen des Möglichen zu organisieren. Bis unser Schwimmbad wieder startklar ist, können unsere anderen Sportinfrastrukturen, unsere hunderten Sportvereine oder auch unsere wunderschöne Landschaft zur sportlichen Betätigung genutzt werden.